

Posten soll im Dorf bleiben

Tobel Gemeindepräsident Rolf Bosshard befürchtet, dass der Regierungsrat den örtlichen Polizeiposten schliesst. Mit drei Amtskollegen startet er deshalb eine Petition.

Roman Scherrer

roman.scherrer@thurgauerzeitung.ch

Die Zukunft der kleinen Polizeiposten im Thurgau ist ungewiss. Das Departement für Justiz und Sicherheit prüft nämlich derzeit elf der insgesamt 28 Posten im Kanton. Grund dafür ist das Projekt Haushaltsgleichgewicht 2020 (HG2020) des Thurgauer Regierungsrats. Darin hält die Regierung fest, dass sie durch verschiedene Massnahmen den Staatshaushalt ab dem Jahr 2020 um mehr als 20 Millionen entlasten will. Was die Polizeiposten betrifft, sieht der Regierungsrat ein jährliches Sparpotenzial von rund 240 000 Franken.

Diese Sparpläne haben nun Rolf Bosshard auf den Plan gerufen. Der Gemeindepräsident von Tobel-Tägerschen befürchtet eine Schliessung des Polizeipostens in Tobel, welcher auch für Affeltrangen, Braunau und Bettwiesen zuständig ist. Zusammen mit seinen Amtskollegen aus diesen Gemeinden startet Bosshard nun eine Petition gegen die mögliche Schliessung.

Gemeindepräsident findet klare Worte

Vor seiner Wahl zum Gemeindepräsidenten war Rolf Bosshard Kantonspolizist. Vor diesem Hintergrund schreibt er in einer Medienmitteilung, welche Auswirkungen eine Schliessung des Tobler Postens für die betroffenen Gemeinden aus seiner Sicht hätte. Dabei findet er klare Worte: «Wird der Polizeiposten geschlossen, würde sich kaum noch eine Polizeipatrouille in die ländlichen Gemeinden verirren.»

Bosshard bezweifelt ausserdem, ob mit der Schliessung von Polizeiposten «überhaupt nur ein Franken eingespart werden kann.» Dies, weil die umgesiedelten Polizisten auch einen Arbeitsplatz brauchen und dafür Möglichkeiten dazu gemietet werden müssten. Zudem müsse es durch



Setzen sich als Vertreter von Tobel-Tägerschen, Affeltrangen, Braunau und Bettwiesen für den Erhalt des Tobler Polizeipostens ein: Rolf Bosshard, Ursula Klaus, David Zimmermann und Patrick Marcolin (v.l.). Bild: PD

den Wegfall der Polizeipräsenz mehr Patrouillen in den ländlichen Gemeinden geben. «Was wiederum mit einer Vergrösserung der Patrouillen-Fahrzeugflotte und massiv höheren Treibstoffkosten verbunden wäre», sagt Bosshard. Bei einer Schlies-

«Wird der Polizeiposten geschlossen, würde sich kaum noch eine Patrouille in die ländlichen Gemeinden verirren.»

Rolf Bosshard
Gemeindepräsident Tobel

sung befürchtet er, dass das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zwangsläufig sinkt. David Zimmermann, SVP-Kantonsrat und Gemeindepräsident von Braunau, ist gleicher Meinung. «Eine Schliessung wäre ein Qualitätsverlust für die Bevölkerung.

«Wir wollen aufzeigen, dass dies auch ein Anliegen der Bevölkerung ist, und nicht nur jenes von ein paar Kantonsräten.»

David Zimmermann
Gemeindepräsident Braunau

Die Anlaufstelle, etwa für die Meldung eines Ausweisverlusts, wäre automatisch weiter weg.» Mit sieben weiteren Kantonsräten hat Zimmermann im Grossen Rat eine Motion eingereicht, welche fordert, dass die Festsetzung der minimalen Anzahl der Polizeiposten dem Parlament übertragen wird. Zurzeit bestimmt der Grosse Rat über die Grösse des Kantonspolizeikorps. Die Anzahl der Polizeiposten regelt jedoch der Regierungsrat.

Mit der Petition zum Erhalt des Tobler Postens gehe es nun darum, dem Regierungsrat – zusätzlich zur Motion – Druck zu machen. «Wir wollen aufzeigen, dass dies auch ein Anliegen der Bevölkerung ist, nicht nur jenes von ein paar Kantonsräten», sagt David Zimmermann. Die vier Gemeindepräsidenten machen sich nun an die Ausarbeitung der Petition. «Wir wollen uns in der Bevölkerung möglichst breit abstützen», sagt Zimmermann.